

Spezialisten. Man blieb sozusagen unter sich. Daraus resultieren zu einem großen Teil die Probleme heute, diese wissenschaftsgeschichtlich auch dringend notwendige Zusammenführung zustande zu bringen. Hier gibt es einen erheblichen Nachholbedarf, und die West- und Mitteleuropäer müssen sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts daran gewöhnen, daß Osteuropa ein wesentlicher Bestandteil Europas ist. Die gegenwärtige Konjunktur der DDR-Forschung wird auf absehbarer Zeit nachlassen. Ihre Verbindung mit der vergleichenden Osteuropaforschung und auch mit einer umfassender konzipierten Deutschlandforschung kann dem vielleicht entgegenwirken und ist um so dringlicher.

Damit komme ich zu dem zweiten und letzten Punkt, der nämlich auf Probleme und künftige Perspektiven der zeithistorischen DDR-Forschung hinweist. Ziel einer kritischen Historiographie kann in Zukunft nicht sein, die DDR-Geschichte umstandslos in die gesamtdeutsche Geschichte einzugliedern, die dann sozusagen teleologisch auf das Datum 1990, die Wiedervereinigung, ausgerichtet ist. Das wäre in meinen Augen eine neue Variante von ideologisierte Geschichtskonstruktion. Ebenso wenig läßt sich die eingebürgerte historiographische Trennung von zwei Staaten weiterführen. Beide Staaten waren, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, in ein dreifaches Koordinatensystem eingefügt. Auch das ist schon angedeutet worden. Einmal in die globale Konstellation des Kalten Krieges, zum anderen waren beide Staaten aber auch eigenständige Subjekte von Politik, und ihre Gesellschaften entwickelten eine eigene Dynamik. Schließlich drittens, und darauf kommt es mir hier an, waren beide Staaten durch Konfrontation und Kooperation stärker miteinander verflochten als sie lange Zeit wahrhaben wollten. Und diese deutsch-deutsche Verflechtung und ihre jeweilige Negation des Konkurrenzstaates macht den stärksten Unterschied der DDR mit den osteuropäischen Staaten aus. Das deutsch-deutsche Verhältnis blieb stets von einer starken Asymmetrie geprägt, aber es bestimmte die innere und äußere Geschichte beider Staaten nachdrücklich und ich glaube, das Verständnis für diesen Sachverhalt ist nach 1990 erheblich gewachsen. Die DDR ist ohne das Magnetfeld der Bundesrepublik überhaupt nicht verständlich. Umgekehrt, und das wird sehr viel weniger thematisiert, wirkten aber auch die Existenz und natürlich die Einflußversuche der DDR in die Bundesrepublik hinein sehr intensiv auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik. Hier gibt es noch viel an empirischen Einzelthemen aufzuarbeiten, was die Kirchen, was die Frauenpolitik, was die Sozialpolitik, aber auch die Wissenschaftsgeschichte angeht. Wie, und damit komme ich zum Schluß, die historiographische Verbindung beider Teilgeschichten konzeptionell aussehen kann, das scheint noch ziemlich unklar zu sein. Vielleicht können wir ja darüber noch einmal diskutieren. Eine neue Nationalgeschichte mit dem Ziel der Identitätsstiftung halte ich für sehr problematisch. Zunächst einmal ist diese Dialektik von Abgrenzung und Verflechtung empirisch auf unterschiedlichen Themenfeldern zu erforschen und da gibt es ja bereits auch einige sehr ergiebige Beispiele, etwa wenn man an die Praxis der Vergangenheitspolitik in beiden Staaten denkt. Fortbestehende Verbindungen, Wechselwirkun-

gen und dezidierte Abgrenzung auf beiden Seiten müssen in einem solchen Konzept, was weder gesamtdeutsch ist noch der alten Arbeitsteilung folgt, richtig ausbalanciert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit bleibt deutsche Nachkriegsgeschichte ein sperriger Gegenstand, aber das macht vielleicht gerade ihren wissenschaftlichen Reiz und ihre politische Bedeutung und Problematik aus. Dankeschön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Kleßmann. Bitte Armin Mitter.

Dr. Armin Mitter: Meine Damen und Herren, ich bin versucht, den Spruch von Herrn Kleßmann, also den Letzten, den Vorletzten beißen die Hunde, umzudrehen und zu sagen: „Der Letzte beißt und er könnte diejenigen beißen, die vor ihm ausgeführt haben.“ Also ich möchte das auf keinen Fall tun, aber ich möchte auch nicht all das wiederholen, was hier an Forschungsprojekten genannt worden ist. Vielem kann ich mich anschließen. Vielen meiner früheren oder noch jetzigen Kontrahenten würde ich vorbehaltlos zustimmen, insbesondere dem, was Herr Kleßmann gesagt hat. Nur möchte ich nur am Rande bemerken, es sollte eben nicht immer nur bei Konzeptionen bleiben, sondern man sollte dann doch zu den Tatsachen übergehen, diese Dinge dann wirklich auch initiieren und nicht immer große Forschungsprojekte schreiben für irgendwelche Stiftungen und irgendwelche Förderungen, wo dann der Antrag eigentlich schon das Ergebnis vorgewinnt, sondern es sollte dann auch wirklich mit den Dingen einmal begonnen werden. Es ist eben schon sieben Jahre her, als ich die erste Konzeption gelesen habe, in der dieser osteuropäische Vergleich formuliert worden ist, der auch von anderen Seiten angemahnt worden war. So könnte man verschiedene andere Dinge, die hier auch von anderen Referenten genannt wurden, auch nennen. Ich möchte mich ganz pointiert mit einem ganz bestimmten Punkt beschäftigen und ich verspreche Ihnen, ich werde die Zeit 100 %ig einhalten, ich bemühe mich sogar, sie zu unterschreiten.

Und zwar geht es mir darum, das Verhältnis zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung ein wenig zu beleuchten, und zwar aus der Perspektive von 1989 und der sich daraus entwickelnden Situation, wie wir sie heute vorfinden. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete auch für die Historiker eine völlig neue Situation. Dabei standen für beide Seiten Deutschlands unterschiedliche Bilanzen zu Buche. Im Osten war mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch die Legitimationsbasis der Zeitgeschichtshistoriker weggebrochen. Ich glaube, ich brauche die Gründe dafür überhaupt nicht auszuführen, das ist längst geklärt. Im Westen Deutschlands mit einem pluralistischen Wissenschaftssystem waren die Zeitgeschichtshistoriker gezwungen, ihren unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit entstandenen Standort ebenfalls neu zu bestimmen. Es ging dabei entweder um die Verteidigung oder die Verbesserung der eigenen strategischen Position in der Wissenschaftslandschaft. Die Standorte prägten in nicht unerheblicher Weise die inhaltliche forschungspolitische Diskussion. Zunächst ist festzuhalten, und da stimme ich vorbehaltlos dem, was Herr Prof. Weber ausgeführt hat, zu, daß eine Basis von